

# Albrecht verlangt von Bonn Geld für Schacht „Konrad“

**Begründung: Was Bayern recht ist, ist Niedersachsen billig**

Eigener Bericht

PAZ 1.6.89

vdB. Hannover

Wenn im Schacht „Konrad“ in Salzgitter ein Endlager für Atommüll eingerichtet wird, soll der Bund Ausgleichszahlungen nach dem Vorbild der sogenannten „Gorleben-Pauschale“ an die Region zahlen. Dies hat Ministerpräsident Albrecht am Mittwoch in Braunschweig in einem Gespräch von Bundesumweltminister Töpfer gefordert. Die Landesregierung will das Genehmigungsverfahren für das Atommüll-Lager erst dann wiederaufnehmen, wenn der Bund entsprechende Zusagen gemacht und ein neues Entsorgungskonzept vorgelegt hat.

Albrecht betonte gegenüber Töpfer, nach dem Verzicht auf den Bau der Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf sei es unabdingbar, daß die Bundesregierung ein neues entsorgungspolitisches Konzept entwickle. Niedersachsen lege großen Wert darauf, daß die Länder an dieser Arbeit beteiligt werden. Zur Begründung sagte Albrecht, der Bund sei hier auf die Mitwirkung der Länder angewiesen, wie sich an den Beispielen Gorleben und Salzgitter zeige. Töpfer und Albrecht waren sich einig, daß die Bundesrepublik Depositionen für atomare Abfälle dringend benötigte und sich hier nicht auf das Ausland verlassen dürfe.

Wie die Landesregierung in Hannover auf Anfrage weiter mitteilte, hat Albrecht gegenüber der Bundesregierung erklärt, als Ausgleich für die besonderen Belastungen, die Salzgitter mit der Einrich-

tung des Endlagers auf sich nehme, reiche die Ansiedlung des Strahlenschutz Bundesamtes nicht aus. Töpfer soll diese Forderung als berechtigt eingestuft haben.

Unklar ist zur Zeit, wie hoch die finanzielle Entschädigung für Salzgitter sein soll. In die Region Gorleben flossen seit 1985 in jedem Jahr 30 Millionen Mark aus Bonn, von 1979 bis 1982 waren es sogar jeweils 50 Millionen Mark gewesen. Dem Vernehmen nach fordert Niedersachsen vom Bund für Salzgitter Zuwendungen in ähnlicher Höhe. Mit Blick auf die anstehenden Verhandlungen mit dem Bund lehnte es die Landesregierung gestern ab, konkrete Forderungen öffentlich zu nennen. Es hieß, wenn Bayern Geld bekomme, obwohl in Wackersdorf keine atomare Anlage entstehe, müsse Niedersachsen, das die Hauptlast der Entsorgung zu tragen habe, erst recht einen Ausgleich erhalten.